

1. Vorbemerkung

Eine wesentliche These dieses Beitrags ist, daß zwischen dem ökonomisch-politischen Programm Strauß und dem regierenden Sozialliberalismus entscheidende programmatische Unterschiede bestehen, deren Umsetzung in die Praxis nicht nur für die westdeutsche Linke, sondern für die Lebenslage der Bevölkerung in der BRD und für die Entwicklungsmöglichkeiten der BRD-Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. In der linken Diskussion wird eine solche These fast immer mit dem Verdacht belegt, hier solle, wieder einmal, für eine SPD-Wahl als einzig rationale Alternative, natürlich, wie seit eh und je, als „kleineres Übel“ und mit knirschenden Zähnen, geworben werden. Es hat sich in dieser Diskussion überhaupt eine fatale Situation ergeben, die den Versuch objektiver Analyse der „Gefahr Strauß“ außerordentlich erschwert: Wer sich schon für eine grün-bunte Alternative links von der SPD entschieden hat, meint sich genötigt, die Unterschiede zwischen Strauß und Schmidt herunterzuspielen –z.B. Jochen Steffen und Willi Hoss in „konkret“ 1/80 –, wer umgekehrt an diesen Unterschieden festhält, gerät in den oben genannten Verdacht. Diese Situation hat reale Ursachen im Mechanismus der 5 %-Klausel, den Karl-Ernst Lohmann in seinem Beitrag in diesem Heft analysiert. Gleichwohl scheint bei vielen Beteiligten in der linken Diskussion dieser Mechanismus eher als Reflex früherer Erfahrungen als in seiner tatsächlichen Wirkung wahrgenommen zu werden. Demgegenüber ist hier in Anlehnung an Lohmanns Argumentation festzuhalten, daß dieser Mechanismus unter den 1980 in der BRD gegebenen Bedingungen auch in völlig neuer Richtung wirken könnte. Nicht auszuschließen wäre im Sommer 1980 eine wahlarithmetische Konstellation, bei der es darauf ankäme, statt SPD die Grünen zu wählen, damit diese Partei über 5 % käme und die ihr möglicherweise ohnehin zukommenden 3.5 % der Stimmen nicht „verschenkt“ wären.

Wie auch immer dies sich bis zum Sommer 1980 – nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und NRW wird die Frage des Wahlverhaltens von Linken bei der Bundestagswahl erneut zu diskutieren sein – entwickeln mag – es geht uns darum, auf das hohe Risiko einer Strauß-Kanzlerschaft aufmerksam zu machen und Argumente für eine Diskussion beizusteuern, die sich nicht auf die Wahlalternativen fixiert, sondern gerade in der Zeit *vor* dem Wahltag auf Bedingungen der Abwehr des Strauß-Programms aufmerksam macht. Wir meinen zwar, daß es für die Wahldiskussion der sozialistischen Linken absolut vorrangiges Kriterium sein muß, eine Strauß-Kanzlerschaft zu verhindern, wir meinen aber, daß es noch mehr darauf

ankommt, wie die Durchsetzung der Straußschen Politik von der Linken und von den Gewerkschaften vor der Wahl bekämpft – oder im Falle eines Wahlsieges – konterkariert werden kann. Die Bekämpfung der ökonomisch-politischen Zielsetzung der von Strauß repräsentierten BRD-Rechten wird in ihren Erfolgchancen wesentlich davon abhängen, inwieweit der Wahlkampf einer Mobilisierung all derer dient, die von der Strauß-Politik in ihren Lebensinteressen bedroht sind.

Wir werden daher das Programm, für das Strauß objektiv steht, nicht mit dem Anspruch auf Vollständigkeit behandeln, sondern zunächst (Teil 2.) die für die soziale Lage der von Lohn oder staatlichen Sozialausgaben Abhängigen zentralen politischen Absichten darstellen – ohne deren Realisierungschancen und -zeiträume hier kalkulieren zu wollen. Wie Strauß schon 1974 in Sonthofen richtig erkannte, müßte eine Offenlegung der beabsichtigten Folgen einer CDU/CSU-Regierungspolitik für breite Wählerschichten abschreckend wirken. Durchsetzbar ist diese Politik also nur, wenn die materiellen Interessen der Wähler im Wahlkampf durch eine „Psychologie“ von rechts verdeckt werden. An welche realen Erfahrungen eine solche Strategie der klassenspaltenden inneren psychologischen Kriegsführung ansetzen könnte, versuchen wir in Teil 3. zu formulieren.

2. Das ökonomische Programm der CDU/CSU unter dem Kandidaten Strauß

2.1. „Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat“

Der Kern der Straußschen Programmatik, ihr klassenspezifischer Gehalt, liegt in einer grundlegenden Neubestimmung der Rolle des Staates in bezug auf den ökonomischen Prozeß. Diese Neubestimmung wird, da sie die Lebenslage der großen Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert, nur gegen erheblichen Widerstand ins Werk zu setzen sein. Sie erfordert daher eine besondere, bisher noch funktionierende Mechanismen liberaler Demokratie faktisch außer Kraft setzende Strategie der Durchsetzung.

Sucht man nach konkreten Aussagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, so wird man bei Strauß selbst jedenfalls seit seiner Bestellung zum Kanzlerkandidaten wenig finden. Das ist kein Zufall, sondern entspricht exakt dem in der Sonthofener Rede vom November 1974 skizzierten strategischen Plan: Strauß kritisiert hier Unionspolitiker, die sich auf konkrete Alternativprogramme zur Bundesregierung einlassen. Bei solchen konkreten Aussagen käme die Union leicht in die Lage, „als Reaktionäre, als Arbeitnehmerfeinde, als Unternehmerinteressenvertreter“ zu gelten.

„Aus diesem Grunde können wir unsere Warnungen und unser Nein nur pauschal aussprechen, denn die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute.“ (Sonthofener Rede, S. 999)

Worin besteht nun die „Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat“, deren Einzelheiten, ja sogar deren „Grundsätze“ (S. 998) vor den Betroffenen verborgen werden müssen?

Die klarsten Formulierungen finden sich bei Kurt Biedenkopf, der sich in den letzten Jahren zum wichtigsten wirtschaftspolitischen Sprecher der Union im Bundestag und zum Vertrauensmann des Wirtschaftsrats der CDU entwickelt hat und einer der wichtigsten Förderer der Strauß-Kandidatur war. Biedenkopf hat in mehreren Reden, am markantesten in der Haushaltsdebatte des Bundestags am 14. 9. 79, eine geschlossene, krass monetaristische wirtschaftspolitische Doktrin der Union zu entwickeln versucht.

Kern seines Arguments ist die Forderung, der Staat solle aufhören, seine Politik an einer bestimmten, als Minimalvoraussetzung zur Regelung gesellschaftlicher Konflikte angesehenen Wachstumsrate zu orientieren. Wachstum könne „nicht das Ziel, sondern das Ergebnis staatlichen Handelns“ (Bundestag, 8. 2. 79, 10657) sein. Er kritisiert die Bundesregierung:

„Wenn die Regierung der Meinung ist, sie brauche 4 bis 5 % Wachstum, um das Land regierbar zu halten und die Verteilungskonflikte zu lösen, die Bürger durch freiwillige Leistung aber nur 2 % Wachstum zu erzeugen bereit sind, so fühlt sich die Regierung gerechtfertigt, diese 2 % auf 4 % zu subventionieren.“ (Bundestag, 14. 9. 79, 13528 f.)

Diese Subventionierung eines Wachstumsziels sei nur mit wachsender Staatsverschuldung möglich, die notwendig schon im Laufe der 80er Jahre in die Krise führen müsse: Der Staat werde entweder handlungsunfähig, weil die Neuverschuldung bereits von den wachsenden Zinsen der Alt-Schuld aufgezehrt werde, oder er müsse zur Rückzahlung seiner Schulden erhebliche Steuererhöhungen vornehmen, oder er müsse eine sehr viel höhere Inflationsrate anstreben, um sich auf diese Weise zu entschulden.

„Das ist der entscheidende Unterschied. Ich kann mich auf den Standpunkt stellen: Datum für das Regieren in einer freien Gesellschaft ist das, was die Bürger freiwillig produzieren. Dann muß die Regierung damit zurechtkommen. Wenn sie unter diesen Bedingungen nicht regieren kann, dann muß sie abtreten. Die andere Alternative ist zu sagen: Ich brauche soundsoviel dafür, um die Probleme zu lösen, und wenn die Bürger das nicht freiwillig produzieren, muß ich eben nachhelfen – selbst unter der Gefahr, daß später die Bürger diese Nachhilfe mit Zins und Zinseszins bezahlen müssen.“ (Bundestag, 14. 9. 79, 13531)

Nach Biedenkopf soll die Regierung also aufhören, durch konjunkturbelebende oder strukturpolitische Ausgaben mit dem Ziel der Wiedererreichung der Vollbeschäftigung in den ökonomischen Prozeß einzugreifen. Dieser ökonomische Prozeß – der von Biedenkopf im Rahmen seiner monetaristisch inspirierten politischen Theorie durchaus folgerichtig mit „dem Bürger“ gleichgesetzt wird (1) – ist wieder seinem „marktwirtschaftlichen“ Selbstlauf zu überlassen, der Staat hat seinen Anteil am Sozialprodukt erheblich zu reduzieren, sich nicht mehr für in den Lebensinteressen der Bürger begründete Ziele verantwortlich zu fühlen, sondern zu garantieren, daß

- die Kapitalakkumulation ungehemmt verlaufen kann und
- das Gemeinwesen auch bei Wegfall von sozialen Ausgleichs- und Entschädigungsmechanismen „regierbar“ bleibt – was ohne Verschärfung der Repression nicht denkbar ist.

Wenn „die Bürger“ nicht genügend produzieren „wollen“, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, dann müssen „die Bürger“ eben selber die Folgen tragen.

Ein gewitzter Kopf im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung vom 18. 9. 79 hat Biedenkopf nach seiner Haushaltsrede als Begründer einer neuen wirtschaftstheoretischen Schule gefeiert und ihm aufgrund seiner Prognose krisenhafter Folgen der staatlichen Verschuldungspolitik ein Denken in marxistischen Krisenkategorien unterstellt. Biedenkopf wird dies mit Fug und Recht von sich weisen können: In seinem Weltbild entstehen Krisen nicht aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals, sondern gerade dadurch, daß der Staat sich in diesen Prozeß einmischet, statt ihm freien Lauf zu lassen:

„Die ständige Entwöhnung von eigener Verantwortung, die abnehmende Bereitschaft zur Selbständigkeit auch im wirtschaftlichen Bereich, die Zunahme von staatlicher Betreuung, Reglementierung, Bevormundung und vieles andere mehr“ – hierin hat nach Biedenkopf „der heute allgemein beklagte wirtschaftliche und gesellschaftliche Stillstand ... seinen Nährboden“ (Biedenkopf 1979, S. 15).

Aus Biedenkopfs Grundsätzen folgt als konkretes Programm zunächst ein drastischer Abbau der staatlichen Sozialleistungen. Biedenkopf gehört zu den eifrigsten Verfechtern der These von den „Grenzen des Sozialstaats“. Auch wenn einigen seiner Thesen zuweilen aus der Richtung der Sozialausschüsse widersprochen wird, ist die grundlegende Richtung und auch das Ausmaß der sozialen Demontage in CSU und CDU mehrheitlich unbestritten. So wird z. B. im CDU-Wirtschaftsprogramm vom Juni 1979, das nicht von Biedenkopf, sondern u. a. von dem nicht so eindeutig dem Unternehmerflügel zuzurechnenden CDU-Generalsekretär Geißler entworfen wurde, eine Reduktion der Staatsquote von derzeit 48 auf 40 % am Sozialprodukt gefordert. Hier ist nicht wichtig, wie diese Ziffern berechnet wurden, sondern das Ausmaß: Die öffentlichen Ausgaben sollen um ein Sechstel gekürzt werden.

Die Reduzierung der staatlichen Funktionen soll nicht etwa alle betroffenen Gruppen gleichmäßig treffen, vielmehr werden im CDU-Wirtschaftsprogramm Steuerentlastungen für mittlere und hohe Einkommen sowie staatliche Subventionen für mittlere und kleinere Unternehmen gefordert. Im Bundestag setzte sich der Wirtschaftssprecher Pieroth z. B. für den Wegfall der „doppelten Vermögenssteuer bei Kapitalgesellschaften“ (Bundestag, 8. 2. 79, 10716) ein.

Auf welche Weise die CDU/CSU im einzelnen mit sozialen Problemen fertigzuwerden gedenkt, macht Biedenkopf in seinem „Arbeitsmarktprogramm“ von 1979 klar. Er analysiert getrennt die – noch geringe, aber künftig steigende – Arbeitslosigkeit qualifizierter Arbeitskräfte, die Arbeitslosigkeit Un- und Angelegener und die besonderer „Problemgruppen“. Die Arbeitslosigkeit Qualifizierter führt er auf Absatzprobleme westlicher Industriegüter zurück, die für die Abnehmer in westlichen und OPEC-Ländern nicht preiswert, bekannt und attraktiv genug seien (S. 8). Um sie preiswert zu machen, müßten die Kosten gesenkt werden. Die für die Unternehmer wichtigsten Kosten seien die *Arbeitskosten*, folglich seien „eine Kurskorrektur in der Tarifpolitik, eine stärkere Differenzierung der Tarifvereinbarungen, eine Erhöhung der Transparenz von Tarifverhandlungen und verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen (Biedenkopf 1979, S. 9) erforderlich. Der zweitwichtigste Kostenbereich sei der „Sozialbereich“. „Eine Dämpfung der *Sozialkosten* ist möglich durch die Herstellung der unbedingten Transparenz des Sozialbereichs, die Weckung des Inter-

esses des einzelnen an kostengünstigen Leistungen im Sozialbereich, die Stärkung der individuellen Vorsorge und Förderung von Selbstbeteiligungsformen sowie die äußerste Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Soziallasten“ (S. 9).

Der dritte Kostensenkungsbereich ist „der Bereich der Kosten des Staates“ (S. 9). Die „Steuer- und Abgabenlast“ soll gesenkt werden, *Privatisierung* staatlicher wirtschaftlicher Tätigkeit (2) und „restriktive Personalpolitik im staatlichen Bereich“ sind anzustreben. Nicht in Frage kommen dagegen Maßnahmen, die, nach Biedenkopf „paradoxe(r)weise“, heute zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen werden wie z. B. Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze oder Babyjahr mit Erziehungsgeld, denn solche Maßnahmen würden ja Kosten verursachen (S. 9).

Dieses Maßnahmenbündel, das, wie Biedenkopf sieht, „eine teilweise Abkehr von der bisherigen Politik“ (S. 9) erfordert, dient ausschließlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, denn Kostensenkung führt zu Preissenkung, Preissenkung zu besserem Absatz der „westlichen“ Industrieprodukte. Allerdings reicht das noch nicht aus, denn die westlichen Waren sollen nicht nur billiger, sondern auch „bekannter“ und „attraktiver“ werden. Dazu muß der Staat Maßnahmen zur Verbesserung der Werbung und zur Förderung des Exports ergreifen und vor allem durch Subventionen Unternehmensneugründungen und Innovationen in Unternehmen fördern (S. 10). Soweit Biedenkopf zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Qualifizierten.

Bei den Un- und Angelernten soll die Arbeitslosigkeit durch folgende Maßnahmen gemindert werden:

- Ein Teil der Unqualifizierten soll qualifiziert werden. Aber nur ein Teil, denn: „Hier sind ... rein leistungsmäßig Grenzen vorhanden“ (S. 11).
- Da es für die Unqualifizierten zu wenig Arbeitgeber gebe, müsse gezielt darauf hingewirkt werden, daß mehr Menschen motiviert werden, Arbeitgeber zu werden. Dazu müßten „die bekannten Beschäftigungsbarrieren in zahlreichen, das Arbeitsleben regelnden Gesetzen ... beseitigt oder sinnvoll abgeändert werden“ (S. 12). Noch offen bleibt, was alles „Beschäftigungsbarrieren“ sind: Jugendarbeitschutz, Kündigungsschutz etc.?
- Als wichtiger Arbeitsplatz für Un- und Angelernte komme der private Haushalt (!) in Frage. Dazu müsse die Diskriminierung des Haushalts als Arbeitsplatz aufhören und außerdem seien „die sozialen Lasten der Beschäftigung von Arbeitnehmern in Privathaushalten angemessen zu verteilen“ (S. 12).
- Schließlich sei der *Lohnanspruch* der Unqualifizierten zu hoch. Zwar lägen 22 % der Arbeitnehmerhaushalte bekanntlich „in unmittelbarer Nähe der Sozialhilfeschwelle“, so daß ihr Einkommen nicht vermindert werden könne. Aber dieses Einkommen müsse ja nicht voll vom Arbeitgeber bezahlt werden, vielmehr könne der Staat, ähnlich wie beim Wohngeld, einspringen und die Differenz zwischen dem vom Arbeitgeber zu zahlenden Hungerlohn und dem Existenzminimum ausgleichen.

Zur Begründung für diesen letzten Vorschlag liefert Biedenkopf eine sehr ungeschminkte Darstellung des menschenfeindlichen Charakters der von ihm favorisierten Marktwirtschaft und damit seines eigenen Programms:

„Wie die Arbeitslosigkeit gerade der an- und ungelerten Arbeitskräfte zeigt, ist der Markt immer weniger bereit, Löhne zu zahlen, die zwar unter sozialen, nicht aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt sind. Sollte sich diese Tendenz verstärken, muß eine grundsätzliche politische Entscheidung darüber herbeigeführt werden, ob Arbeitseinkommen gerade in den Bereichen niedriger Produktivität künftig nicht wenigstens zu einem Teil von ihrer sozialen

Funktion entlastet und stärker nach wirtschaftlichen Maßstäben bemessen werden sollten.“ (S.12)

Biedenkopf erkennt, wie vor ihm schon Marx und die Arbeiterbewegung, daß das Kapital die von ihm gekaufte Arbeitskraft keineswegs von selbst zu ihren Reproduktionskosten, also zu ihrem Wert, bezahlt. Die Arbeiterbewegung zog daraus die Konsequenz, den Preis der Ware Arbeitskraft kollektiv zu regulieren, um die Kapitalisten zu zwingen, die Arbeitskraft, wie andere Waren auch, wenigstens zu ihrem Wert zu erwerben. Biedenkopf dagegen findet dieses Verfahren nicht mehr „marktwirtschaftlich“ genug. Zur Marktwirtschaft gehört für ihn, daß dem Kapital, das sich nur noch verwerten kann, wenn es die Ware Arbeitskraft unter Wert einkauft, dies auch vom Staat ermöglicht werden muß – indem der Staat einerseits die Arbeiter zwingt, ihre Arbeitskraft zu einem nicht existenzsichernden Lohn zu verkaufen – was nur bei Ausschaltung der Arbeiterbewegung zu realisieren wäre – und andererseits durch „soziale“ Zuschußzahlungen das Verhungern dieser Arbeiter abwendet.

Zusammengefaßt: Biedenkopfs Programm zeigt gerade am Beispiel desjenigen gesellschaftlichen Problems, das die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Ökonomie für die Betroffenen am deutlichsten erfahrbar macht und üblicherweise auch die Apologeten der „Marktwirtschaft“ in Legitimationsschwierigkeiten bringt, am Beispiel der Massenarbeitslosigkeit also, mit welcher Brutalität die Theorie vom Abbau des Interventions- und Sozialstaats und von der Selbstreinigungskraft des „Marktes“ auf Kosten der in der BRD-Gesellschaft von Lohn oder Sozialleistungen Abhängigen in die Tat umgesetzt werden soll: Unter dem Vorwand, die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen, präsentiert Biedenkopf ein Maßnahmenbündel, das in Wirklichkeit die Arbeitslosigkeit durch gezielte staatliche Maßnahmen drastisch erhöhen würde.

Biedenkopfs Programm zeigt weiterhin, daß es keineswegs um einen Rückzug auf alt- und neoliberale Positionen geht, bei denen der Staat entweder überhaupt auf Funktionen der Garantie des freien Warentausches beschränkt werden sollte oder ihm eine aktive Rolle bei der Herstellung freier Konkurrenz zugedacht wurde. Vielmehr bleiben Anti-Monopolprogramme vollständig außerhalb des Gesichtskreises der CDU-Wirtschaftspolitiker. Es geht ihnen vielmehr um Sicherung der Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals, so wie es sich vorfindet. Wo diese Verwertungsbedingungen eine gegen die materielle Existenz der Menschen gerichtete staatliche Politik erfordern, ist die Prioritätenentscheidung gegen die nicht mehr verwertbaren Menschen und zugunsten des sich selbst verwertenden Werts klar gefällt worden.

2.2. Die Differenz zur SPD und die Behandlung der Gewerkschaften

Es sollte klar geworden sein, daß das Biedenkopf-Konzept ein anderes ist als das der regierenden Sozialliberalen. Die SPD verfolgt eine Politik der Sicherung des sozialen Friedens, also die Behinderung des Klassenkampfes durch Integration und partielle materielle Entschädigung der Lohnabhängigen sowie durch Kooperation mit ihren Interessenorganisationen. Die CDU/CSU ist zu alledem nicht willens, kaum in der

Lage, vor allem hat sie es nicht nötig. Sie wird von aktiven Gewerkschaftern kaum gewählt, und sie setzt auf eine Politik, die Kooperation mit den Gewerkschaften überflüssig macht, weil ihr Staat durch seine Wirtschafts- und Sozialpolitik die DGB-Gewerkschaften automatisch zu schwächen und als Widerstandspotential außer Gefecht zu setzen in der Lage sein soll. Eine staatliche Politik, die eine erhöhte Arbeitslosenquote bewußt in Kauf nimmt und durch soziale Demontage die Abschreckungswirkung der schon jetzt auf Arbeitsplatzverlust gesetzten Strafen drastisch verstärkt, könnte, dies scheint das Kalkül zu sein, wirkungsvoll genug sein, bei den Arbeitnehmern gewerkschaftliche Solidarität zum Fremdwort werden zu lassen.

Als Sekundärdrohung wird von CSU und CDU mit der Gewerkschaftsspaltung operiert – ein Projekt, dessen Realisierung, wie in der CSU-Landesleitung ausgerechnet wurde, kaum tragbare Kosten verursachen würde, dessen Vorgaukelung aber mit wenig Kosten schon einige Wirkung im DGB gezeigt hat (3). Nur als ultima ratio wird mit einer weiteren gesetzlichen Disziplinierung der Gewerkschaften, etwa durch ein ihre Forderungen an das „Gemeinwohl“ bindendes oder ihre internen Strukturen unter dem Vorwand der „Transparenz“ oder gar der „Demokratisierung“ reglementierendes Verbändegesetz erwogen. Stoiber z. B. schätzt die durch eine Diskussion darüber entfachte politische Unruhe höher ein als den dadurch gewonnenen Nutzeffekt (Rohmaterialien, S. 1017).

Insgesamt ergibt sich zur Gewerkschaftsprogrammatik der CSU/CDU: Die Organisation der Lohnabhängigen wird als Hauptwiderstandspotential betrachtet. Sie soll von innen aufgerollt werden, zunächst durch eine staatliche Politik, die die Konkurrenz zwischen den *einzelnen* Lohnabhängigen derart verstärkt, daß Solidarität unmöglich wird. Dann durch politische Gruppenkonkurrenz innerhalb der Führungsgruppen. Und erst wenn alles nichts hilft, durch offene staatlich-gesetzliche Repression.

Das Biedenkopf-Programm einer brutalen Klassenpolitik im Interesse des Kapitals ist die auf die BRD zugeschnittene Version monetaristischer Politik, wie sie in Großbritannien bereits seit dem konservativen Wahlsieg vom Mai 1979 bereits realisiert wird.

Ein kurzer Blick auf den „neuen Anfang“ der Thatcher-Regierung kann verdeutlichen, daß Biedenkopfs Konzepte keineswegs reaktionäre Utopien sind, sondern in einem Land mit einer weitaus kämpferischeren Arbeiterklasse zielbewußt verwirklicht werden:

– In seinem ersten Budget verkündet der neue Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe am 14. 6. 79 eine Senkung des Spitzensatzes der Einkommenssteuer von 83 auf 60 Prozent (und des Mindeststeuersatzes von 33 auf 30 %). Davon profitieren vor allem die Bezieher von steuerpflichtigen Einkommen über 25 000 Pfund im Jahr. Zugleich wurde der die unteren Einkommensschichten am meisten belastende Umsatzsteuersatz von 8 auf 15 % erhöht – was bis Jahresende 1979 zu Preissteigerungen um 17 % geführt hat. Zugleich wurde angekündigt, die Staatsausgaben vor allem im Bereich der Arbeitsbeschaffungsprogramme und der Subventionierung strukturschwacher Betriebe erheblich einzuschränken und Teile von Staatsbetrieben zu reprivatieren. Insbesondere der Öl-Multi BP, bisher zu 51 % in Staatshand, soll eine Privatmehrheit erhalten. Im öffentlichen Dienst sollen 150 000 Planstellen gestrichen und so eine Milliarde Pfund eingespart werden. Mit Ausnahme des Verteidigungsetats wurden alle Einzelhaushalte der Ministerien gekürzt. Diese Maßnahme und die Politik des knappen Geldes werden nach Ankündigung des Ka-

binettsmitglieds John Biffen zu einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit führen (lt. „Tagesspiegel“ und „Frankfurter Rundschau“ vom 15. 6. 1979).

– Im Juli verkündet Industrieminister Sir Keith Joseph eine Umstrukturierung der regionalen Wirtschaftsförderung. Die jährliche Förderungssumme soll in 3 Jahren auf ein Drittel reduziert werden. Während heute Gebiete, in denen 40 % der Bevölkerung leben, gefördert werden, wird dieser Anteil auf 25 % sinken. Die Regierung macht deutlich, daß sie der Strukturkrise in der Motorrad-, Stahl- und Schiffbauindustrie ihren Lauf lassen will. Die Regierung animiert den staatlichen Stahlkonzern zur Schließung von zwei Werken mit 12 000 Arbeitsplätzen (lt. „Tagesspiegel“ vom 22. 7. 79 und „Frankfurter Rundschau“ vom 1. 8. 79).

– Im Juli werden Pläne zur rechtlichen Disziplinierung der Gewerkschaften bekannt: Einschränkung der Rechte von Streikposten, Erschwerung von closed shops, staatliche Gelder für die Durchführung von Briefabstimmungen vor Streiks. Diese Pläne sollen allerdings erst mit den Gewerkschaften diskutiert werden, betont die Regierung. Klar ist, daß es keine Rückkehr zu einem umfassenden Gewerkschaftsdisziplinierungsgesetz nach dem Muster des Industrial Relations Act der letzten konservativen Regierung Heath geben soll. Jenes Gesetz hatte den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften hervorgebracht und letztlich die Regierung gestürzt. Die Thatcher-Regierung vertraut, wie Biedenkopf und Stoiber, auf die gewerkschaftsschwächende Gewalt der von ihr gesetzten ökonomischen Fakten.

Bisher wurde das wirtschafts- und sozialpolitische Konzept einer möglichen Strauß-Regierung im wesentlichen anhand von Aussagen Biedenkopfs beschrieben und anhand der Thatcher-Politik illustriert. Bevor auf die zentrale Frage der Durchsetzungsstrategie dieses Konzepts eingegangen wird, müssen noch zwei in der aktuellen linken Diskussion mehr oder weniger intensiv diskutierte Fragen behandelt werden:

1. Ist die radikal-brutale Klassenpolitik Biedenkopfs wirklich repräsentativ für die CDU/CSU, in der es ja auch einen Arbeitnehmerflügel gibt?
2. Macht die sozialliberale Regierung nicht seit 1974, wenn auch ideologisch anders verbrämt, faktisch dieselbe Politik, so daß die materiellen Unterschiede sich auf ein irrelevantes Minimum reduzieren?

Zu 1: Die Mehrheitsgruppe der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft ist mit der Strauß-Nominierung endgültig zu einer Randgruppe geworden, die nicht einmal mehr als „soziales Feigenblatt“ benötigt wird. Die CDA haben sich nach der Nominierung von Strauß selbst als Verlierer betrachtet. Sie haben im September 1979 auf ihrer 18. Bundestagung in Krefeld eine Reihe von sozialpolitischen Forderungen an den Kanzlerkandidaten formuliert (Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, Erweiterung von Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte, mehr Erziehungsgeld), die, wie oben gezeigt, von Biedenkopf als kostenerhöhend und damit schädlich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen werden, Forderungen, von denen bekannt war, daß der Kanzlerkandidat von ihnen nichts hält. Die CDA haben Strauß zu ihrer Tagung eingeladen, aber der entschuldigte sich brieflich mit Wahlkampfverpflichtungen in Nordrhein-Westfalen. Sie haben nach dieser Ohrfeige dem Kanzlerkandidaten Strauß ihre Loyalität im Wahlkampf erklärt. Es gab noch keine Phase der CDU/CSU-Geschichte, in der den Sozialausschüssen ihre Bedeutungslosigkeit derart demonstrativ bescheinigt wurde wie im Herbst 1979. Warum sie im Wahlkampf 1980 weniger denn je gebraucht werden, soll in Teil 3. gezeigt werden.

Zu 2.: Zweifellos hat sich auch die Politik der SPD/FDP-Regierung spätestens seit 1974 in Richtung auf Monetarismus und Restriktion staatlicher Sozialausgaben

bewegt. Sie hat spätestens 1974 angesichts der Alternative, die Arbeitslosigkeit durch Inkaufnahme höherer Inflation zu bekämpfen oder eine „Stabilitätspolitik“ unter Inkaufnahme weiter bestehender hoher Arbeitslosigkeit zu verfolgen, für die zweite Möglichkeit optiert, wobei hier unerörtert bleiben kann, in welchem Umfange diese Option durch ökonomische Bedingungen, genauer durch das Versagen des Keynesianismus angesichts von gleichzeitiger Rezession und Inflation, geprägt war (4). Richtig ist auch, daß die Kleinarbeitung der Krisenfolgen durch Separierung und Atomisierung der Betroffenen, individuell und gruppenmäßig, keine konservative Erfindung, sondern objektive Leitlinie der SPD- (und, ohnehin, FDP-)Regierungspolitik ist (vgl. Zeuner, 1976, S. 3 ff.).

Gleichwohl gibt es wichtige Unterschiede zwischen dem Biedenkopf-Programm der direkten Einbeziehung des Staates in den Klassenkampf auf Seiten des Kapitals und dem von der SPD verfolgten Programm sozialer Befriedung durch Interessenausgleich und Kooperation mit den Gewerkschaften.

Zunächst auf der ideologisch-programmatischen Ebene (die, sofern sie massenwirksam wird, gerade im Wahlkampf 1980 von zentraler Bedeutung sein wird, vgl. Teil 3.): In der Regierung betreibt die SPD eine tendentiell monetaristische Politik, wenn auch vielfach gebrochen durch Rücksichten auf Gewerkschaften und eigene Parteibasis. Indessen widerspricht diese Politik bei der SPD immer noch dem eigenen Anspruch, während bei der CDU/CSU beides zusammenfällt. Eine Ideologie, die den Menschen auf seine Funktion als atomisierten Teil eines Profitsystems reduziert und sein Versagen in dieser Funktion mit dem Entzug der Existenzberechtigung zu ahnden geneigt ist, kann auch mit den kümmerlichen Resten einer noch so heruntergekommenen sozialdemokratischen Tradition nicht mehr vereinbart werden. Willy Brandt traf genau diese Traditionsreste, als er unter viel Beifall in der Eröffnungsrede des Berliner Parteitages vom Dezember 1979 Strauß als Verkörperung des Gegenbildes einer „solidarischen Gesellschaft“ charakterisierte.

Dem entspricht auf der materiell-programmatischen Ebene, daß die SPD sich aufgrund ihrer Wähler- und z. T. auch noch Mitgliederstruktur eine offen arbeiterfeindliche Politik à la Thatcher und Biedenkopf und einen Abbau der sozial- und gesellschaftspolitisch relevanten Staatsauf- und -ausgaben keineswegs in gleicher Weise leisten kann wie eine regierende CDU/CSU. Aufgrund ihrer vielfältigen Bindungen an die Gewerkschaftsbewegung kann die SPD gegenüber den Gewerkschaften immer nur ein Konzept der einbindenden, auf Dämpfung klassenkämpferischer Ansätze bedachten, aber auch begrenzte Einwirkungschancen einräumenden Kooperation verfolgen, niemals aber das Biedenkopf- und Thatcher-Konzept der Konfrontation verfolgen.

Für das Widerstandspotential der Gewerkschaften im Falle eines Wahlsieges von Strauß wird viel darauf ankommen, daß dieses Potential im Wahljahr 1980 bewußt entwickelt wird. Das aber geht nicht unter Absehung von den materiellen Interessen der Arbeiterklasse, von denen in der Anti-Strauß-Argumentation der Gewerkschaften und erst recht der SPD bislang kaum die Rede war. SPD und Gewerkschaften haben Strauß und den Seinen bislang im wesentlichen vorgeworfen, er wolle eine „Konfrontation um jeden Preis“, sei innen- und außenpolitisch ein Sicher-

heitsrisiko, eine Gefahr für die Demokratie und die Entspannung, ein übler Geschichtsfälscher mit seiner Gleichsetzung von Sozialismus und Nationalsozialismus, ein unberechenbarer Mensch etc. So richtig das alles ist, so wenig ist damit der materielle Kern seiner Politik, die gegen die Existenz der von Lohn oder Sozialleistungen Abhängigen gerichtete monetaristische Reduktion der Staatstätigkeit getroffen. Aufgabe der Gewerkschaften wäre es, diese arbeitnehmer- und menschenfeindlichen Konzepte, die bei Biedenkopf besser als bei Strauß nachzulesen sind, in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen und diesen Konzepten gerade im Wahlkampf eine eigene aktive Interessenpolitik entgegenzusetzen. Unterlassen sie das, dann folgen sie unbewußt bereits der Sonthofen-Strategie, deren einer Kernpunkt darin besteht, daß diese Konzepte im Wahlkampf eben gerade nicht deutlich werden dürfen.

3. Die Durchsetzung mittels „Psychologie“: F. J. Strauß*

Strauß' einzige Chance ist, den Klassencharakter seiner Politik zu verschleiern, indem er die Arbeiterklasse und das potentielle Bündnis der anderen von seiner Politik materiell bedrohten Schichten spaltet, ideologische Scheindifferenzen aufbaut, Konfrontationen um klassenunspezifische Themen sucht, letztlich: Konkurrenz des auf seine Brieftasche reduzierten Individuums gegen das andere Individuum zur Leitlinie des politischen, hier zunächst: Wahl-, Verhaltens zu machen. Eben dies ist der zweite Kernpunkt der Sonthofen-Strategie, der von Strauß unter den Oberbegriff „psychologische Faktoren“ gefaßt wird: „Ich sagte dann, die psychologischen Faktoren sind mit das Entscheidende, und hier müssen wir einfach davon ausgehen, daß ohne eine Rückkehr der CDU/CSU eine Änderung der psychologischen Lage nicht erfolgen kann“ (Sonthofener Rede, S. 999). Für die spätere Analyse ist wichtig, daß Strauß eine wirkliche Änderung der „psychologischen Lage“ erst *nach* seiner Rückkehr an die Regierungsmacht erwartet. Vorher, im Wahlkampf, muß sich die „psychologische Lage“ aber auch schon ändern: Hin zu Irrationalität und Panik, denn: was „die Wahlergebnisse von morgen aus(macht)“ ist „die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art“ (Sonthofener Rede, S. 944). Da zu erwarten ist, daß in diesem Jahr fast die Hälfte der Wähler einem gegen ihre materiellen Interessen gerichteten Konzept Strauß ihre Stimme geben werden, ist genauer zu untersuchen, woran Strauß mit seiner psychologischen Strategie anknüpfen könnte.

Das Konzept Strauß wäre vermutlich weniger brisant, wenn in diesem nicht psychologische Strategieelemente miteinander kombiniert würden:

1. Eine Aufnahme und Thematisierung zentraler privater, betrieblicher und gesellschaftlicher *Verunsicherungen* im Alltag der Menschen – insbesondere der von der CSU speziell angesprochenen „Revitalisierung der *Werte*“ sowie der *Bürokratisierung* und deren (begrenzte) Wendung gegen den Staat.

* Dieser Abschnitt stützt sich in Teilen auf Funke 1979

2. Die Beschwörung einer *positiven* Identifikation, die an eigene vermeintliche Stärke anzuknüpfen versucht: an die Aufbauleistung der Nachkriegsleistungsgesellschaft BRD.
3. Eine Demonstration der Stärke, der Durchsetzungskraft um jeden Preis in der *Person* Strauß. Gerade die Brutalität des „Siegs des Stärkeren“ – Ausdruck und Moral kapitalistischer Konkurrenzgesellschaft – scheint als autoritäre Identitätsfolie von Bedeutung.
4. Die Anknüpfung an traditionell antidemokratische, obrigkeitstaatliche und verkappt faschistische Werte, insbesondere Feindbilder, im deutschen Bürger- und Kleinbürgertum.

3.1. *Verunsicherung als Anknüpfungspunkt* – „Die Zerstörung der Familie wird das Ergebnis sein, wenn nicht 1980 in Bonn der Wechsel eintritt“ (Stoiber)

Gemeinsam ist den Umfragen der letzten Zeit ein Anwachsen *gesellschaftlicher Unsicherheit*, so etwa, wenn 1977 lediglich noch 38 % mit „ja“ auf die Frage antworteten: „Glauben Sie an den Fortschritt – glauben Sie, daß die Menschheit einer besseren Zukunft entgegengeht?“ Die Feststellung: „Bei den Problemen, die wir heute haben, brauchen wir in der Politik einen *starken Mann*, der die Macht hat und den inneren Frieden sichert“ – bejahten 45 % der befragten Arbeitslosen und 39 % der befragten Beschäftigten. (Wacker 1979, S. 105 ff.)

Bezieht man ein, daß mindestens 30 % aller Erwerbstätigen in den letzten 5 Jahren die Erfahrung der Arbeitslosigkeit gemacht haben und in einem weit höheren Prozentsatz sich durch die technisch-ökonomische Entwicklung bedroht sehen, so beweist auch dies das Ausmaß gesellschaftlicher Unsicherheit. Von mindestens dem gleichen Gewicht ist die sich verbreitende Erfahrung von Bedeutungslosigkeit, Ohnmacht, Abhängigkeit und Perspektivlosigkeit im alltäglichen Arbeits- und Lebenszusammenhang. Die Erfahrung des Verlusts interessanter und qualifizierter Arbeit in den letzten 10 - 15 Jahren und die Drohung weiterer Arbeitsplatzunsicherheit und Dequalifizierung durch die Rationalisierung verstärkt solch Ohnmachts- und Inkompetenzerfahrungen und hat zu einschneidenden Identitätskrisen, zum Verlust des Selbstwertgefühls, zur Erfahrung der Desintegration beigetragen. Persönliche und zugleich soziale Identität und Perspektive können durch solche Erfahrungen zentral bedroht werden.

Gerade Erfahrungen mit der Technologie und der betrieblichen Rationalisierung werden als „*naturnotwendige Objektivität*“ eher hilflos erfahren und hingenommen; ihre Undurchschaubarkeit macht die Betroffenen stumm, das „Geschäft mit der Angst“ herrscht in den betrieblichen Strategien vor. Es zeigen sich Tendenzen resignativen Sich-Abfindens: „Man frißt den Ärger in sich rein“; psychosomatische Beschwerden treten verstärkt als Folge dieses Prozesses auf. Diesen Erfahrungen korrespondieren sehr ähnliche Ohnmachtserfahrungen gegenüber der „Gesellschaft“, z. B. der Sozialbürokratie.

Diese Verunsicherungen werden in einer Gesellschaft, die wesentlich gesell-

schaftlich produzierte Probleme privat anlastet, zu allererst als familiale/private Verunsicherung erfahren.

Die CSU-Ideologie knüpft nun genau an diese Verunsicherung an, um – in Ablenkung von einer gesellschaftlichen Ursachenbestimmung und -behebung – das Wunschbild von Sicherheit und Ruhe im privaten Raum der Familie gegenüberzustellen. Die Klage über den Verlust der heilen Familie wird aggressiv gegen die vermeintlichen Zerstörer der Familie, die gegenwärtige Regierungspolitik gerichtet, um demgegenüber die *alte Zeit* vor 1969 als *die* Phase von Sicherheit zu beschwören.

Die sozial-liberale Koalition – so Stoiber – müsse sich daraufhin befragen lassen, wie es zu einer „Werteverschiebung“ gekommen sei und die Werte „Ordnung, Fleiß, Tüchtigkeit, Anstand ...“ keinen so hohen Wert mehr hätten (Stoiber in der Report-Sendung vom 13. 11. 1979). Die „in Bonn bewußt betriebene Anti-Familienpolitik stößt an die Grenzen unserer Verfassung“ (Stoiber, „Bayernkurier“ – im folgenden: BK – , 6. 10.1979, S. 3). Und während die Biedenkopf'sche Strategie der Massenarbeitslosigkeit zur Zerstörung der familialen Existenz beitragen wird, behauptet Stoiber: „Die Zerstörung der Familie wird das Ergebnis sein, wenn nicht 1980 in Bonn der Wechsel eintritt“ (ebenda).

Weniger Geburten, weniger Eheschließungen, kein Schutz ungeborenen Lebens aus fehlendem Wertebewußtsein; generelle Unsicherheit der Familie ... diese Assoziationskette zentraler Probleme wird der sozial-liberalen Regierung angelastet; die Liberalisierung habe zu einer Freizügigkeit ohne Verantwortung geführt, ja Leben gefährdet, wie unwidersprochen auf einem Zukunftsforum der CSU ausgeführt wurde: „Die Liberalisierung der Abtreibungsparagrafen im Strafrecht (habe) die Zahl der jugendlichen Selbstmörder nach oben getrieben“ (nach FR, 19. 11. 1979) oder, wie zur gleichen Zeit die Kirchen ausführen: die Liberalisierung vernichte Menschenleben, wie der „Massenmord“ an ungeborenem Leben zeige – diese Liberalisierung habe nun aber die Familienpolitik (Ehescheidungsgesetz, Abtreibungsgesetz ...) zu verantworten und damit ebenso auch, daß weniger Kinder gezeugt werden und nun diese Bevölkerungsentwicklung verantwortlich sei für die Gefährdung der Sicherheit auch der Alten: nämlich ihrer Rentensicherheit. Denn wie jeder wisse, sichern Kinder Renten ...

Hier wird nicht nur das scheinlogische Argument der Rentensicherung verwendet, sondern es werden zugleich Ängste der Älteren vor Isolation, gesellschaftlicher Abschottung, wie vor allem Abwehr vor Verhaltensänderungen der jüngeren Generation, vor Liberalisierung und „Freizügigkeit“, vor „Verwilderung der Sitten“ in einem mehrdeutigen Gemisch miteinander verwoben.

3.2. Aufteilung der BRD-Geschichte in Aufbau und Zerstörung, Größe und Ohnmacht

Von der Rechten wird die Zeit des CDU-Staates als eine Zeit der Leistungen und der Größe beschworen, die gegenwärtige Erfahrungen von Ohnmacht und Versagun-

gen vergessen lasse, wenn man zu dieser Zeit „zurückkehrt“. Während die Ohnmachtserfahrungen der „utopisch-visionären Phase“ Brandts und der „labilen“ Phase Schmidts zugeordnet werden, werden die Erfahrungen von Leistungen und Größe der „Aufbauphase“ bis 1969 zugerechnet. *Die Welt wird aufgeteilt in Größe und Ohnmacht, in Aufbau und Zerstörung, in Realismus und Utopie, in zuvor und jetzt.* Die Vergangenheit des mächtigen Wiederaufbaus wird gegen die Gegenwart der Vergagungen ausgespielt (BK, 6. 10. 1979, S. 25).

Die Überhöhung jener Phase geht soweit, daß selbst damalige Erfahrungen der Ohnmacht, der Opfer, des Leistungszwanges zu Tugenden verklärt werden, mit denen es sich zu identifizieren gelte – Material für die heutige Beschwörung des gleichen: der Anpassung, der Unterordnung, der Nichtabweichung, der Einhaltung der Pflichten – also den Werten, mit denen, und so schließt sich dann der Kreis, die Reform des Schweißes und der Tränen, die ungehinderte Leistungsgesellschaft und die Ausgrenzung der Nichtleistungsfähigen durchgesetzt werden soll – eine Gesellschaft Atomisierter.

An Strauß' Parteitagrede vom Oktober 1979 wird sichtbar, wie zentral an die Nachkriegsphase angeknüpft wird. Gegen „pseudo-theologische Utopien“ (Strauß) wird der Fleiß, die Anstrengung, die individuelle Leistungsfähigkeit des Einzelnen, „personale Verantwortung“ gesetzt: „Was durch Fleiß und durch Solidarität aus dem größten Trümmerhaufen der Geschichte mit einer dynamischen modernen Wirtschaftspolitik aufgebaut wurde ...“ (BK, 6. 10. 1979, S. 28). „Die größte Schlacht um die Freiheit für Europa ...“ (ebenda, S. 29). Man zähle im folgenden Satz die Verwendung der Superlative – Sprachsymbole der Allmacht:

„Für uns war sie (die Marktwirtschaft) die große wirtschaftspolitische Konzeption, mit der durch fleißige Bürger nach dem größten Krieg aller Zeiten das riesigste Ruinenfeld der Weltgeschichte in 10 Jahren zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas, zur bestausgebauten Sozialorganisation und zweitstärksten Welthandelsmacht geworden ist.“ (ebenda)

Diese in der BRD-Geschichte tradierte Leistungsorientierung dürfte sich besonders bei jenen Schichten bemerkbar machen, die ohnehin die Sicherung ihrer Lebenslage nicht in erster Linie durch die Interessenwahrnehmung der Gewerkschaften und auch nicht durch sozialstaatliche Politik realisiert sehen, sondern sich weit mehr mit den Leistungspostulaten dieser Gesellschaft identifizieren und – das gilt neben den ohnehin das Kernpotential der Rechten bildenden Selbständigen und traditionellen Mittelständler auch etwa für Teile der Angestellten und Beamten – sich durch sozialstaatliche Umverteilungsmaßnahmen um die Früchte ihrer vermeintlichen *besonderen* Anstrengungen betrogen sehen.

Der Verherrlichung ökonomischer Stärke entspricht eine Form der „Verarbeitung“ der deutschen Geschichte, bei der gerade der wirtschaftliche Erfolg dazu berechtigt und dazu verhilft, nur noch Fakten gelten zu lassen, und in der „Phantasien und Utopien, aber auch Schuldgefühle keinen Platz mehr haben sollen“, wie Margarete Mitscherlich die Gefahren erklärt, die sich mit dieser ökonomischen Identifikation und Verdrängung der historischen Realität verbinden können (Mitscherlich 1979, S. 212).

„Statt einer politischen und geistigen Durcharbeitung der Vergangenheit und dem Suchen nach neuen Ideen, Idealen, Konzepten für die lebendige Struktur der BRD vollzog sich die explosive Entwicklung der deutschen Wirtschaft.“ (ebenda, S. 211)

3.3. *Tradierte Feindbilder*

Unter Absehung vom politischen Inhalt gilt Strauß als vor allem politisch *durchsetzungsfähig*. Er selbst appelliert an die Chance, von ihm Stärke zu leihen, die die eigenen Erfahrungen von Kleinheit und Versagen überkompensieren. Ihm gegenüber erschienen seine Konkurrenten als jeweils schwach, besiegt. „Kann er noch etwas anderes als den Willen zur Macht, der seine eigene gewaltige Triebfeder darstellt, als Prinzip sozialer Beziehungen zwischen Gruppen, Völkern und Ideologien wahrnehmen oder gar fördern?“ (Richter 1979, S. 72)

Nach Richter ist es nicht die Ohnmacht selbst und sie allein, die viele Strauß zutreibt, vielmehr eignet sich Strauß als Projektionsfigur, „die allenthalben aufgestauten Minderwertigkeitsgefühle und Ressentiments kurieren zu können verheißt“ (ebenda). Man vertraut sich demjenigen an, der law und order und damit die eigene Unterdrückung und Anpassung vertritt, weil er – Strauß – selbst Grandiosität und Omnipotenz spiegelt.

Strauß' psychologische Strategie wäre nicht möglich ohne ein Anknüpfen an tradierte antidemokratische, im Faschismus kulminierende Werte im deutschen Bürgertum. Obwohl diese Werte in ihrem positiven Gehalt weitgehend aller kollektiven Dimensionen entkleidet sind – von Deutschtum und Volk, Blut und Rasse ist bei der CSU kaum oder gar nicht die Rede – kommt auch der individualistische neue Rechtsradikalismus (vgl. Hinkelammert 1976, S. 11) nicht ohne *kollektive Feindbilder* aus. Ohnmachtsgefühle und Angst sind politisch nur ummünzbar, wenn sie sich auf eine bestimmte Bedrohung zuspitzen lassen, und diese Bedrohung muß von bestimmten, genau identifizierbaren gesellschaftlichen Mächten oder Gruppen ausgehen.

Es gilt, die Ursachen für gesellschaftliche Mißstände nicht in gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen zu suchen, sondern Schuldige zu finden, gegen die sich kollektive Aggressionen richten lassen. Der Mechanismus unterscheidet sich nicht vom NS- oder dem Neofaschismus, zu dem die Parallelen und fließenden Übergänge häufig dokumentiert worden sind (z. B. bei Bamberg, 1978; Schäfer 1979).

Die konkreten Inhalte der Feindbilder sind partiell verschieden: Anders als für die NSDAP fällt nicht das gesamte parlamentarisch-demokratische System in die Feindbild-Kategorie, natürlich auch nicht mehr das Weltjudentum, vielmehr hat der „Weltkommunismus“ allein die zentrale Rolle in der Feindkonstruktion übernommen. Dieser freilich ist allgegenwärtig, droht ständig von innen und von außen, findet seine Helfershelfer nicht nur bei allen Sozialisten und Linksliberalen, sondern auch bei der SPD/FDP-Koalition, letztlich bei allen, die traditionelle Werte in Frage stellen (vgl. Kaestner 1979, S. 50 ff.). Wer sich außerhalb der vernünftigen Ordnung stellt, wer seiner Funktion als Staatsbürger und Eigentumswahrer nicht nachkommen will, steht gegen die lebensermöglichende Institution und für das Chaos. Es ist

staatliche Pflicht, ihn auszuschalten (vgl. Hinkelammert 1976, S. 15 ff.). Als „Feind dieses Staates“ wird er „unerbittlich bekämpft“ (vgl. Kaestner 1979, S. 36) oder gar zum Untermenschen erklärt, wie die Besetzer des Bamberger Landratsamtes von 1969. Sie waren für Strauß „Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist“ („Spiegel“ v. 28. 7. 69). Die Beispiele für aggressive, Vernichtung des politisch Abweichenden androhende Feindbildkonstruktionen ließen sich noch beliebig ausdehnen, etwa wenn der „Sumpf des Terrorismus ausgetrocknet“ werden soll, der SPD-Führung das Streben nach „Endlösung“ unterstellt wird oder machthungrige Funktionäre gewaltsam den „Gewerkschaftsstaat“ herbeiführen wollen.

Erst diese Technik der Ummünzung diffuser Angst und Ohnmacht in Bedrohung, die von konkreten Feindgruppen ausgeht, erlaubt die systematische Ablenkung vom klassenpolitischen Gehalt des sozialen und ökonomischen Programms. Die wirklich Betroffenen sollen entsprechend diesen konstruierten Feindlinien gespalten werden, sollen glauben, daß die Arbeitslosen faul sind, die Ausländer nach Hause geschickt werden müssen, die Familien wegen der Unmoral der Bonner Regierung nicht mehr funktionieren, die Wirtschaftskrise von machthungrigen Gewerkschaftsfunktionären (und geldgierigen Ölscheichs) angezettelt wurde und alle Linken im Auftrage börsartiger Drahtzieher, die meist in Moskau sitzen, die Köpfe der Bürger infizieren.

4. Schlußfolgerungen

Wir haben in Teil 2. versucht, das geplante sozial- und wirtschaftspolitische Programm einer Strauß-Regierung zu skizzieren, und in Teil 3. die psychologische Strategie der Durchsetzung dieses Programms zu beschreiben, die im wesentlichen darin besteht, dieses Programm nicht zum Gegenstand des Wahlkampfes zu machen, sondern an bestimmte, die Klasseninteressen verdeckende, aber in den Köpfen der Wähler real vorhandene psychische Dispositionen für autoritäre politische Lösungen anzuknüpfen. Nach Strauß' eigener Einschätzung muß diese psychologische Strategie nach einem Wahlsieg erheblich verschärft werden. Er glaubt, „daß *ohne eine Rückkehr der CDU/CSU* eine Änderung der psychologischen Lage nicht erfolgen kann.“ (Sonthofener Rede, S. 999, Hervorh. Verf.) Die wirkliche psychologische Umpolung wird also erst nach der Regierungsübernahme möglich sein – sie wird drastisch genug sein müssen, um dem dann zu realisierenden Programm monetaristischer Klassenpolitik eine legitimatorische Massenbasis gegen die Interessen der nunmehr materiell betroffenen Massen zu verschaffen. Es kann sich nach dem Wahlsieg nur um eine psychologische Absicherung der Repression gegen den Widerstand dieser Massen handeln, also um eine Verschärfung und Realisierung all jener Parolen, die den „Feinden der Ordnung“ unerbittlichen Kampf androhen.

Das ökonomische Programm, soll es voll durchgesetzt werden, ist nur um den Preis einer Faszisierung des repressiven Staatshandelns und des politischen Meinungsklimas zu realisieren.

Wenn diese Analyse zutrifft, ergeben sich Konsequenzen auf zwei Ebenen:

1. Das ökonomisch-soziale Programm als klassenpolitischer Kern der CDU/CSU muß in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen gestellt werden – und zwar von allen, denen die Lebenslage der von Lohn oder Sozialleistungen Abhängigen nicht gleichgültig ist. Dieses Programm bedeutet eine materielle Existenzbedrohung für die Mehrheit der Bevölkerung. Es gilt, der von Strauß versuchten Konfrontation anhand von klassenspaltenden Feindbildern die Konfrontation anhand der realen Klasseninteressen gegenüberzustellen. An diesem Postulat gemessen, sind die bisherigen Äußerungen der Gewerkschaften zu Strauß noch zum Teil unzureichend, soweit nämlich der klassenpolitische Kernpunkt noch ausgespart wird. Von acht linken Gewerkschaftern in einer Umfrage der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ (Heft 10/1979) stellte z. B. nur der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, Biedenkopfs Programm des Sozialstaatsabbaus und der „Preisgabe einer beschäftigungsorientierten Wachstumspolitik“ (S. 1190) in den Mittelpunkt. Nichts von dem, was die anderen Gewerkschafter zu Strauß thematisierten – weder die Bedrohung der Einheitsgewerkschaft, die Bedrohung des Friedens in Europa durch eine besonders aggressive, militaristische Variante des deutschen Imperialismus, noch erst recht die Affinitäten zu faschistischen Regimes bis zu persönlichen Charaktereigenschaften – soll hier in seiner Bedeutung relativiert werden. Aber eine gewerkschaftliche Argumentation, die den zentralen und für die Gewerkschaftsmitglieder zugleich am deutlichsten erfahrbaren ökonomischen Teil des Gesamtprogramms ausspart, läßt sich möglicherweise aus Angst, dann auch die Wirtschaftspolitik der SPD nicht schonen zu können, schon auf die von Strauß selbst angestrebte Linie einer die Klasseninteressen verschleiern den psychologischen Konfrontation ein (vgl. allerdings Äußerungen von IG Metallern wie dem ehemaligen Chefredakteur der METALL, Jakob Moneta, in „Kritik“ Nr. 22, Berlin 1979 u.a.). Letztlich ist die rechtzeitige Aufklärung über die klassenpolitische Programmatik der CDU/CSU unter Strauß eine Existenzfrage für die westdeutsche Arbeiterbewegung – gerade auch für den Fall eines Strauß-Wahlsieges. Denn was von diesem Programm realisiert werden kann, wird, wie in England, von der Stärke des Widerstands der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften abhängen.

Eine solche praktische Perspektive ist erst recht vorher wichtig, um *vor* dem Wahltag Alternativen jenseits der autoritären personellen Polarisierung Strauß/Schmidt zu entwickeln und kann – entwickelt – auch zur Verhinderung einer autoritären Sogwirkung beitragen.

Denn nehmen wir die Abhängigkeitserfahrungen weiter Teile der Bevölkerung ernst, an die Strauß anzuknüpfen versucht, so muß es uns darum gehen, nicht der Rechten die Kritik an den Abhängigkeit produzierenden Verhältnissen zu überlassen. Dann nämlich würde das Vakuum an konkreten, die Lebensperspektive positiv verändernden Alternativen noch vergrößert. Dies schließt eine *Gewerkschaftspolitik* aus, die dem (autoritären) Druck von rechts nachgibt; eine lammfromme, aus Wahlkampfprücksichten verhaltene Tarifpolitik etwa – die aus der Sicht der Mitglieder als Niederlage interpretiert würde – wäre etwa gleichbedeutend mit einem Auftrieb von Strauß – gerade auch unter den eher passiven Teilen der abhängig Beschäftigten.

Ebenfalls ist eine gewerkschaftliche Betriebspolitik unzureichend, der es nicht

gelingt, die durch die Rationalisierungsprozesse gemachten Erfahrungen der Dequalifizierung, des Lohnverlustes und der Arbeitsplatzunsicherheit aufzugreifen und in eine betriebsbezogene Kontrollperspektive der Rationalisierungsprozesse und insbesondere von deren Folgen umzusetzen.

Denn, so zentral es ist, über die Strauß'sche Demagogie der Wiederherstellung der „Vollbeschäftigung durch billige Atomenergie“ und den „wissenschaftlichen“ Plan Biedenkopf'scher Massenarbeitslosigkeit aufzuklären, so bleibt eine solche Aufklärung unzureichend, wenn nicht gleichzeitig eine reale und von Wahlkampf-rück-sichten freie, autonome Strategie zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und zur Bekämpfung der gegen die Beschäftigten gerichteten Rationalisierung greifbar ist.

Umso problematischer muß eine Anpassungspolitik nach rechts wirken, wie sie sich sowohl auf dem SPD-Parteitag – allerdings gegen den erheblichen Widerstand ernstzunehmender SPD-Linker – wie auch in Teilen der Gewerkschaftsorganisation (z. B. im Jugendbereich) zeigt. Schließlich ist es ein zentrales Ziel der Rechten – dies ist auch eine wichtige Funktion der von der CSU heraufbeschworenen Diskussion um den Einfluß von Kommunisten in der Gewerkschaft –, die Gewerkschaften bis zur Selbstaufgabe auf die marktwirtschaftlichen Ordnungskriterien zu verpflichten und Ausgrenzung sowie Bekämpfung ihrer „systemverändernden“ Teile zu betreiben.

2. Wir versuchten, deutlich zu machen, daß das Projekt Strauß in seiner psychologischen Dimension an tatsächlich in der Gesellschaft weit verbreitete Verunsicherungen anzuknüpfen versucht. Es spricht erfahrene Alltagsängste an und versucht aus ihnen faschistoide Feindbilder zu konstruieren. Strauß hat dabei den Vorteil, einer SPD/FDP-Regierungspolitik konfrontiert zu sein, die das ideologisch-psychologische Vakuum, in dem er sich entfalten möchte, größtenteils selbst geschaffen hat: im ökonomischen Bereich durch den Einstieg in den Monetarismus, demgegenüber CDU/CSU-Leute wie Strauß oder Biedenkopf nur als konsequentere Verlängerer erscheinen; insgesamt durch ängstlich-bürokratische Halb- und Scheinreformen, utopie-losen Pragmatismus, die Festlegung auf die lebensbedrohende Atomtechnologie und den immensen Ausbau des staatlichen Repressionspotentials, das so gut wie ausschließlich gegen links angewendet wurde.

Auf ihrem Berliner Parteitag hat die SPD sich mit großer Mehrheit entschieden, die Auseinandersetzung mit Strauß auf der Ebene eines autoritäre Dispositionen noch bestärkenden Personenduellts Schmidt/Strauß zu führen und die beschriebene Politik unter ausdrücklicher Mißachtung der sich in der Alternativbewegung formierenden Opposition, verstärkt fortzuführen. Es wird also von der SPD-Spitze keinerlei Eingehen auf die gesellschaftlichen Ursachen und Veränderungsmöglichkeiten jener psychischen Dispositionen zu erwarten sein, die einen Strauß-Wahlsieg erst denkbar machen (eine Minderheit ernstzunehmender SPD-Linker wie auch innerhalb der Gewerkschaften etwa die Initiativen gegen Strauß ausgenommen). Eine breite Bewegung gegen den Rechtsradikalismus von Biedenkopf und Strauß dagegen hätte gerade die Ursachen von Verunsicherung und Ohnmacht ernstzunehmen, hätte die Defizite von Halbformen – z. B. Gesamtschule, Mitbestimmung – genau

zu analysieren, ohne die damit angestrebten emanzipativen Ziele aufzugeben, hätte Handlungsalternativen zur Ohnmacht für die Opfer der Gesellschaft weiterzuentwickeln und so der Bürokratiekritik des Kapitals eine damit nicht mehr zu verwechselnde Kritik der Betroffenen entgegenzusetzen.

Anmerkungen

- 1 In der neueren rechten politischen Ideologie wird der Bürger in der Tat unter Absehung von allen auf das Gemeinwesen bezogenen politischen Bürger- und Freiheitsrechten auf ein geldmaximierendes Individuum reduziert, vgl. Franz J. Hinkelammert: Die Radikalisierung der Christdemokraten. Vom parlamentarischen Konservatismus zum Rechtsradikalismus, Berlin 1976, S. 11 und den für Prokla 39 vorgesehenen Beitrag von C. Neusuß.
- 2 Vgl. dazu das umfassende „Entstaatlichungsprogramm“ der niedersächsischen CDU-Regierung, nach dem zur Privatisierung in Frage kommen: „Theater, Sportstadion, Schwimmbäder, Verkehrseinrichtungen, kommunale Wohnraumvermittlungsstellen, Stadthallen, Schlachthöfe, Museen, Müllabfuhr, Instandhaltung des Straßennetzes und der Kanalisation, Krankentransport und amtliche Materialprüfung. Es sei auch ‚durchaus nicht zwingend‘, daß Bahn und Post als Staatsunternehmen betrieben werden ...“ (Frankfurter Rundschau, 26. 10. 79). Dies alles, da „der Staat den Freiraum der Bürger eingeengt“ (CDU-Programm, zit. nach FR) habe. Für das „Beschäftigungsproblem“ ist an folgendes gedacht: „Den betroffenen Arbeitnehmern sind nach Möglichkeit andere Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu sichern.“ Wenn dazu keine Möglichkeit bestehe, sei es zumutbar, daß die betroffenen Arbeitnehmer ‚in den Dienst des privaten Trägers zu angemessenen Bedingungen übernommen‘ werden. Der Umformulierungsvorschlag, die Bedingungen sollten nur da als ‚angemessen‘ verstanden werden, wenn sie ‚in etwa vergleichbar‘ seien, wurde verworfen.“ (FR, 26. 10. 79)
- 3 Vgl. die CSU-Rohmaterialien in: Blätter für dt. u. internat. Pol. 8/1979, S. 1014. Zur Wirkung vgl. die Suspendierung der „ran“-Redaktion auf Betreiben des CDU-DGB-Vorstandsmitglieds Maria Weber im Dezember 1979, bei der ein Glaubwürdigkeitsverlust des DGB bei Jugendlichen zugunsten einer Konfliktminderung mit der CDU, wenn auch mit Strauß ablehnenden CDU-Kreisen, in Kauf genommen wurde.
- 4 Der Sache nach unterschiedliche Positionen zum Ausmaß des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums der SPD/FDP-Regierung 1973/74 finden sich bei Altvater/Hoffmann/Semmler: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin 1979, S. 324 ff. einerseits und bei Karl-Ernst Lohmann: „Bankrott des Reformismus?“ in Argument-Sonderband 36, 1980. Altvater u.a. betonen die *objektive Sackgasse*, in die der globalsteuernde Keynesianismus 1973 ff. in der BRD geraten war. Lohmann hebt die *politisch denkbare Alternative einer konsequenten Vollbeschäftigungspolitik* 1974 hervor, räumt aber ein, daß dies wahrscheinlich zu „*exorbitanten Inflationsraten*“ geführt hätte. Gemeinsam ist beiden Einschätzungen, daß die SPD/FDP-Regierung, wenn sie ernsthaft die Arbeitslosigkeit ab 1974 hätte bekämpfen wollen, systemsprengende ökonomische und politische Folgen hätte in Kauf nehmen müssen. Und wie hätte sie denn dazu wohl kommen sollen?

Literatur

- Altvater, Elmar; Hoffmann, Jürgen; Semmler, Willi: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise, Berlin 1979
- Bamberg, Hans-Dieter, Die Deutschland-Stiftung e.V., Meisenheim 1978
- Bundestag, Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Stenogr. Berichte, Bonn 1976 f.

- Biedenkopf, Kurt H.: „Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Ein Arbeitsmarktprogramm für die Gegenwart und Zukunft“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu „Das Parlament“, 9/1979
- CSU-Rohmaterialien in: Blätter für dt. u. Internat. Pol. 8/1979, S. 1014
- Funke, Hajo, Strauß als Provokation, in: Kritik Nr. 23, Berlin 1979, S. 33 ff.
- Hinkelammert, Franz J.: Die Radikalisierung der Christdemokraten. Vom parlamentarischen Konservatismus zum Rechtsradikalismus, Berlin 1976
- Kaestner, Jürgen: Die gegenwärtige Gesellschafts- und Staatsauffassung der CSU, Frankfurt 1979
- Lohmann, Karl-Ernst, „Bankrott des Reformismus? Die sozialliberale Wirtschaftspolitik seit 1973“ in: Argument-Sonderband 36, 1980
- Mitscherlich, Margarete, Die Notwendigkeit zu trauern, in: Märthesheimer/Franzel, I, Der Fernsehfilm Holocaust, Frankfurt 1979, S. 212 ff.
- Richter, Horst Eberhard, in: DIE ZEIT v. 23. 11. 79, S. 72 f.
- Schäfer, Renate, „F. J. Strauß und die CSU in der neofaschistischen Presse“ in: Blätter für dt. u. intern. Pol., 9/1979, S. 1077 ff.
- Sonthofener Rede, zit. nach Blätter für dt. und intern. Pol., 8/1979, S. 999 f.
- Wacker, Ali, Zur Aktualität und Relevanz klassischer psychologischer Faschismustheorien – ein Diskussionsbeitrag. In: Paul, G. u.a., Jugend und Neofaschismus, Frankfurt 1979, S. 105 ff.
- Zeuner, Bodo, „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? in: Prokla 26 (1976), Berlin, S. 3 ff



Bodo Zeuner, Solidarität mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur SPD-Bindung der Gewerkschaften, in: Prokla Nr. 26 (1977)